

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

124. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Februar 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

in Vertretung von Rainer Wiegard

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Reform der Struktur der Finanzämter	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3172	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3177, Nummer 3	
2. Information/Kenntnisnahme	7
Umdruck 15/4146 - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2003	

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Reform der Struktur der Finanzämter

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3172

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3177, Nummer 3

(überwiesen am 22. Januar 2004)

hierzu: Umdruck 15/4185

M Dr. Stegner betont noch einmal, die Landesregierung verfolge mit der Reform der Struktur der Finanzämter die Ziele Gesamtwirtschaftlichkeit, ökonomische Vorteile und Stärkung strukturschwacher Standorte, legt Wert darauf, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Landesregierung korrekt seien, und setzt sich mit den in der Plenardebatte am 22. Januar 2004 vorgebrachten Argumenten auseinander (Umdruck 15/4185). Hinsichtlich der Zusammenlegung der Finanzämter Heide und Meldorf zum Finanzamt Dithmarschen signalisiert er seine Bereitschaft, unabhängig vom Beginn der Planungsarbeiten für den Erweiterungsbau in Meldorf den Schwerpunkt der Umsetzung der Maßnahme zunächst auf die Verwertung der Finanzamtsliegenschaft in Heide zu legen.

Die Finanzverwaltung in Schleswig-Holstein, ohnehin die schlankeste in der Bundesrepublik, sei für eine angestrebte Reform und Vereinfachung des Steuerrechts, zu der die Landesregierung im ersten Quartal dieses Jahres Vorschläge unterbreiten werde, gut gerüstet. Langfristige Bindungen bestünden nur für vier von 21 Standorten (Pinneberg, Plön, Meldorf und Oldenburg). Liegenschaftsfragen könnten bei Strukturreformen nicht oberste Priorität haben; auch unter Einbeziehung der Verwertungsrisiken und bei Ansatz der vollen Mietzahlungen für leer gezogene Liegenschaften bleibe die Wirtschaftlichkeit positiv. Auch den Aufwand der Umstellung von rund 70.000 Steuernummern habe man in eine Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen. Mit der Strukturreform würden zusätzliche Prüfer freigesetzt, ohne den Bereich der Veranlagung zu schwächen, und zusätzliche Effizienzgewinne im Bereich des höheren und mittleren Dienstes erzielt. Mit den Betroffenen seien intensive Gespräche geführt worden. Ein in die Diskussion gebrachter Anbau in Eutin würde dazu führen, dass es zwei Finanzäm-

ter in unmittelbarer Nachbarschaft gäbe und die sozialen Belange der Beschäftigten in Oldenburg nicht berücksichtigt würden.

Abg. Arp macht klar, dass die CDU Strukturreformen grundsätzlich unterstütze, sofern sie nicht wie die Struktur der Finanzämter „blanker Aktionismus“ seien, die in Erwartung einer von allen Parteien für notwendig erachteten grundlegenden Reform des Steuerrechts, wie sie auch von den Koalitionsfraktionen in ihrem Berichts Antrag Drucksache 15/3193 gefordert werde, um ein Jahr zurückgestellt werden sollte.

Abg. Neugebauer erwidert, dass die Forderung nach Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit mit einer Reform der Struktur der Finanzämter nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehe. Er begrüßt namens der SPD das Strukturkonzept des Finanzministers und dessen Bereitschaft, sich hinsichtlich der Errichtung des Finanzamtes Dithmarschen zunächst auf die Verwertung der frei werdenden Liegenschaft in Heide zu konzentrieren.

Abg. Steincke setzt sich dafür ein, von dem im Konzept des Finanzministers enthaltenen Neubau in Meldorf abzusehen und zunächst eine „Nebenstellenlösung“ zu verfolgen, die gesamtwirtschaftlich vernünftiger wäre, auch mit Blick auf die Weiterentwicklung des Steuersystems alle Optionen offen hielte, Ressourcen sparte (insbesondere bei der GMSH) und eine mögliche Fehlinvestition vermiede.

M Dr. Stegner lehnt es ab, „Türschildlösungen“ zu wählen oder wichtige politische Entscheidungen aufzuschieben, und weist darauf hin, dass die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme selbst dann gegeben sei, wenn die Finanzamtsliegenschaft in Heide komplett abgeschrieben würde. Die Finanzamtsreform werde zum 1. Januar 2005 umgesetzt. Das gelte auch für das Finanzamt Dithmarschen mit Sitz und Leitung in Meldorf; die Unterbringung in Heide werde nur eine vorübergehende und auslaufende Lösung sein.

Abg. Spoorendonk begrüßt, dass bei den Strukturveränderungen der Aspekt der regionalen Ausgewogenheit berücksichtigt worden sei.

Abg. Heinold begrüßt das Konzept der Landesregierung zur Reform der Struktur der Finanzämter, dessen Gesamtwirtschaftlichkeit der Finanzminister schlüssig nachgewiesen habe. Auch ihr ist wichtig, dass das Land kein neues Gebäude baue, bevor die Frage der Verwertung der frei werdenden Liegenschaft nicht geklärt sei (Umdruck 15/4185, Seite 3). Sie kritisiert, dass sich die CDU wieder einmal vor einer konkreten Strukturentscheidung „drücke“, die sie - siehe Kürzung der Sonderzuwendungen für Beamte - zu einem späteren Zeitpunkt begrüße.

VP Qualen äußert, der Landesrechnungshof halte es aus wirtschaftlichen Gründen tendenziell für richtig, Ämter zusammenzulegen und damit Synergieeffekte zu erzielen, und thematisiert die Zusammenlegung weiterer Ämter.

M Dr. Stegner führt hinsichtlich der Entscheidung für die Finanzämter Schleswig-Eckernförde und Husum-Leck regionalpolitische Gründe ins Feld.

Abg. Todsens-Reese plädiert dafür, erst die Ergebnisse einer Steuerstrukturreform abzuwarten und dann Entscheidungen über Strukturveränderungen der Steuerverwaltung zu treffen. Sie macht darauf aufmerksam, dass sich die Stadt Eutin von der Landesregierung nicht ernst genommen fühle, und kommt zu dem Schluss, dass die Entscheidung der Landesregierung vorwiegend nach politischen und nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt sei.

Die Vorsitzende bemerkt, dass sie sich sehr wohl dem Gespräch mit den Betroffenen gestellt habe und die Entscheidung nach sorgfältiger Abwägung der vorgetragenen Argumente und Berechnungen getroffen worden sei.

M Dr. Stegner macht abschließend noch einmal deutlich, dass man intensive Gespräche mit allen Beteiligten geführt habe. Die Reform der Struktur der Finanzämter sei jetzt geboten und sachgerecht und stehe einer etwaigen Reform des Steuerrechts nicht entgegen.

Abg. Dr. Garg problematisiert die von der Landesregierung zugrunde gelegte Wirtschaftlichkeit der Maßnahme und erwartet von einer „echten“ Strukturreform eine effizientere und effektivere Aufgabenwahrnehmung der Finanzverwaltung.

Während Abg. Arp noch einmal mit Blick auf die Überlegungen zur Reform des Steuerrechts für ein einjähriges Moratorium wirbt, hält Abg. Fuß es für abwegig, kurzfristig zu einer Vereinfachung des Steuersystems gerade im Bereich der Unternehmenbesteuerung zu kommen, und favorisiert daher den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg, durch eine Strukturreform der Finanzverwaltung Personal zur Stärkung der Betriebsprüfung und Steuerfahndung freizusetzen. Hinsichtlich der Versetzung von Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten müssten die gleichen Zumutbarkeitskriterien angelegt werden wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3172, zur Kenntnis zu nehmen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss, Punkt 3 des CDU-Antrages, Drucksache 15/3177, abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/4146 - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2003

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer